

Antrag 27/II/2021
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Antrag auf Wiederaufnahme der Verhandlungen für den Wiedererwerb des Teufelsbergplateaus durch das Land Berlin

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie
2 des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, die Ver-
3 handlungen mit den Eigentümern des Teufelsbergpla-
4 teaus wiederaufzunehmen, um es möglichst bei einem
5 verkehrswertadäquaten Preis in das Berliner Eigentum
6 zurückzuführen.

7

8 **Begründung**

9 Der Teufelsberg im Grunewalder Landschaftsschutzge-
10 biet mit der ehemaligen US-amerikanischen Abhörstati-
11 on wurde 1996 vom Land Berlin für lediglich 5,2 Millio-
12 nen D-Mark (ca. 2,6 Millionen Euro) an private Investoren
13 verkauft. Ziel des Verkaufs war eine intensive gewerbli-
14 che Nutzung (Hotel, Büro, Wohnungen etc.) der mehr als
15 47.000 m2 großen Fläche. Zur Realisierung wurde damals
16 per Verordnung der Schutzstatus des Teufelsberges aufge-
17 hoben.

18 Nachdem das Projekt jedoch scheiterte und das Gebiet er-
19 neut in das Landschaftsschutzgebiet eingegliedert wur-
20 de, wurde es sich selbst überlassen. Seit 25 Jahren also
21 verfällt das historisch bedeutsame Gelände inmitten ei-
22 nes geschützten Waldgebietes. Es zeichnet sich ferner ab,
23 dass die Eigentümer konkrete Pläne haben, das Plateau an
24 Dritte zu verkaufen. Eine Bauvoranfrage liegt dem Bauamt
25 vor und skizziert erneut eine intensivere gewerbliche Nut-
26 zung auf dem Teufelsberg. Trotz der vielen bestehenden
27 rechtlichen Konstriktionen ist ein Verkauf an Dritte mit
28 Intensivierung der Nutzung keineswegs auszuschließen.
29 Die rechtliche Situation beim Wiedererwerb, wie die Ver-
30 jährung der Rückkaufoption durch Berlin, und die stattge-
31 habten Verhandlungen am Runden Tisch 2013/14 machen
32 darüber hinaus deutlich, dass für Berlin nur noch ein Kon-
33 sens mit den Eigentümern bei den Preisvorstellungen in
34 Frage kommt.

35

36 Der Verkauf des Geländes 1996 aus öffentlicher Hand ge-
37 geschah unter erheblicher Beteiligung der Berliner SPD und
38 muss zwingend unsererseits wiedergutmacht werden.
39 Das Gelände muss der Öffentlichkeit zur Renaturierung
40 bei minimaler gewerblicher Nutzung zurückgegeben wer-
41 den, da es sich um einen besonderen Teil der Berliner
42 Natur, Kultur und Geschichte handelt. Der Koalitionsver-
43 trag der rot-rot-grünen Regierung in der 18. Legislaturperi-
44 ode sah vor, dass das Teufelsbergplateau im Grunewalder
45 Forst als „Erinnerungs- und Naturort öffentlich zugäng-
46 lich“ gemacht wird, konnte dieses Ziel jedoch nicht errei-
47 chen. Daher beantragen wir, dass die Berliner SPD dezi-
48 dierte Bemühungen unternimmt, um den Teufelsberg der

49 Öffentlichkeit zurückzugeben.